

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. • Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für Versammlungsanzeigen 50 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Bodenreform

Frei werde der Boden,
Frei werde das Land —
Freudiger Arbeit
Zu freudigem Pfand!

Frei werde die Erde,
Auf der wir bau'n —
Um freier der eigenen
Kraft zu vertrau'n!

Daß nicht dein Bestes
Nur Tageserfolg —
Schenk' es und schaff' es
Dir endlich, mein Volk.

Cäsar Fleischlen.

Die Unternehmer gegen unsere Bauproduktionsgenossenschaften

Wir haben nun allgemach doch wirklich oft genug betont, daß der Hauptgrund zur Errichtung unserer Bauproduktionsgenossenschaften der war, Preis-kontrollen und Preisregulatoren auf dem Bau-markt zu schaffen, mit deren Hilfe eine möglichst sparsame Verwendung der sehr erheblichen ökonomischen Mittel gewährleistet werden sollte. Und nicht nur wir allein, sondern auch eine breite Öffentlichkeit hielt derartige Einrichtungen auf dem Bau-markt für sehr notwendig, weil man sich nach all den trübten Erfahrungen früherer Jahre über Ring-führungen und geheime Preisvereinbarungen der Unternehmer von wirklichen und ernsthaften Konkurrenzunternehmungen mit Recht eine Milderung der Baukosten verspricht. Und in der Tat hat es sich gezeigt, daß das Auftreten und Mittalkutieren unserer Genossenschaften auch eine sofortige Senkung der privaten Kalkulationen herbeiführte. Darüber mit den Herren Unternehmern herumzustreiten, ist zwecklos, denn dort gibt man es aus Prinzip nicht an, und der maßgebenden Sachleuten braucht man es nicht erst zu sagen, denn sie wissen es bereits, und kein Geschimpfe der Unternehmer wird daran rütteln! So erklärte z. B. in einer Besprechung beim Kölner Regierungspräsidenten vom 8. Juli 1921 auf Grund des amtlichen Protokolls Herr Bauerrat Kleefisch vom Hochbauamt der Stadt Köln: „Die Folge der Genossenschaftsbildung sei eine Senkung der unerträglich hohen Baukosten gewesen.“

Doch genug hierüber. Wir haben ebenso oft den Unternehmer erklärt, daß sie es in der Hand hätten, unsere Genossenschaften sehr bald zu beseitigen, und zwar auf einem Wege, der durchaus legal und volkswirtschaftlich zu begründen sei. Sie brauchten ihre Preisgestaltung nur ebenso oder noch etwas günstiger zu machen, wie unsere Genossenschaften, dann würden unsere Betriebe aus Mangel an Aufträgen schon bald verschwinden. — Aber eigenartig, an dieses Mittel will man nicht heran, ja es zeigt sich, daß unsere Genossenschaften von Monat zu Monat mehr mit Aufträgen überhäuft werden, die natürlich dem privaten Baugewerbe abgehen. Und die Bauherren sind durchaus nicht immer Behörden, sondern in steigendem Maße große industrielle Werke, Privatleute usw., also jedenfalls Auftraggeber, die dorthin gehen, wo es für sie am vorteilhaftesten ist.

Da nun das private Baugewerbe mit dem Mittel der Konkurrenz, der typischen Waffe des Kapitalismus, nichts gegen uns vermag, so versucht man es halt auf andere Weise: Am zugkräftigsten erweist sich da immer das Mittel der Verhetzung. In diese Kerbe haut denn auch unsere alte „Freundin“, die „Bauzeitung für Rheinland, Westfalen und Nachbargebiete“, die zu unserer großen Verwunderung schon lange nicht mehr von uns hatte

hören lassen, diese Ruhepause nun aber durch verdoppeltes Schimpfen und Reizen ausweihen will.

Sie schreibt in Nr. 4 vom 22. Januar 1922: „Heute befindet sich die christliche Produktionsgenossenschaftsagitation, die von den Gewerkschaftsfunktionären in Wort und Schrift betrieben wird, wieder völlig im radikalen Fahrwasser. Schwerste Vorwürfe werden gegen die privaten Baugewerbetreibenden in ihrer Gesamtheit erhoben. Unterschiedslos. Man schreit nicht vor schlagwortartigen Verallgemeinerungen zurück, gleich als ob der Zentralverband christlicher Bauarbeiter in allen seinen Vertretern nach dem Durcheinander der letzten Jahre makellos dastände“ (Die Sperrung rührt von der „Bauzeitung“! D. Red.)

Wir sind nun ja von der „Bauzeitung“ so allenthalben gewöhnt, das aber ist doch ein etwas starkes Stück. Wir buhlen nicht um ihre Anerkennung, ja es möchte uns fast scheinen, daß ein Sob aus ihrem Munde einen Fehler von uns offenbaren müßte. Vor ihren Angriffen und ihrem Mißfallen ist uns deshalb auch nicht bange, es zeigt, daß wir auf dem rechten Wege sind, es beweist, daß wir die Gesinnung ihrer Hintermänner zum Wohle der Volksgemeinschaft schon hübsch beschnitten haben. Die läbliche Verdächtigung unseres Verbandes, die in dem gesperrten Satze ausgesprochen wird, muß uns jedoch mit Enttäuschung erfüllen. In versteckter Weise werden darin Anwürfe gegen unseren Verband erhoben, die wir durchaus nicht auf sich beruhen lassen wollen. Jeder, der jene Zeilen liest, muß daraus den Eindruck gewinnen — der noch durch die besondere Hervorhebung im Sperrdruck verstärkt wird — als ob irgendwelche Vertreter oder Mitglieder unseres Verbandes sich etwas Ehrentürliches hätten zuschulden kommen lassen. Wir können natürlich nicht für alle Laten und Handlungen unserer 52 000 Verbandsmitglieder einstehen, verbitten uns aber ganz entschieden, derartige unbestimmte ehrenrührige Behauptungen. Wenn die „Bauzeitung“ etwas hat, so möge sie ruhig damit ans Tageslicht kommen, tut sie es nicht, so bezeichnen wir diese Behauptung als eine gemeine Verleumdung unseres Verbandes.

Einen „würdigen“ Abschluß für diese unchristlichen Verdächtigungen und Beschuldigungen, der besser hätte fehlen dürfen, bringt die „Bauzeitung“ mit einem Zitat des Dr. Braunweiler: „Würde es nicht richtiger sein, wenn man sich einmal bemühte, die sozialistischen Schlagworte von der Ausbeutung und den arbeitslosen Einkommen zu belämpfen, das Recht des Besitzes und Bezuges von Renten und Zins gegen den Haß und Reid der Besitzlosen zu verteidigen?“ Diese Worte enthalten mit einem Schlage den abgrundtiefen Gegensatz, der zwischen uns besteht. Solange das „recht ane Genuß“ und die bitterste Not in weitesten Kreisen nicht bloß unserer Volksgenossen, sondern der ganzen Menschheit herrscht, und solange noch viele Bedingte gerade durch ihr übermäßiges arbeitsloses Einkommen, durch Zuchergins und durch Ausbeutung ihrer hilflosen Volksgenossen deren Elend nur noch verschlimmern, anstatt ihnen nach dem Gebote der christlichen Bruderliebe solange von ihrem Ueberfluß mit-zuteilen, bis das materielle Elend der Welt leise ligt ist, solange werden wir in diesem Kampfe nicht erlahmen und den Leuten die Nase des Christentums vom Gesicht herunterreißen, die sich dessen nur bedienen, weil es ihrem Selbstvorteilhaft erscheint!

Rein, liebe „Bauzeitung“, der Schlag, den du dieses Mal gegen uns geführt hast, ist ein Schlag ins Wasser geworden, und den Vorwurf „Dilettantismus, Annäherung und Verhetzung“, den du gegen uns erhebst, geben wir dir voll und ganz zurück.

Wir erhalten hierzu noch folgende Zuschrift:

In einem Artikel mit der Überschrift: „Die Sozialisierungsbewegungen im Baugewerbe und die christliche Bauarbeiterschaft“, bringt die „Bauzeitung“, Organ

des Westdeutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in ihrer Nummer 4 d. J. die Mitteilung, daß sie sich gezwungen sieht, zu dem Verhalten der christlichen Bauarbeiter in der Sozialisierungsfrage kurz Stellung zu nehmen. Obwohl bei der „kurzen“ Stellungnahme der Artikel ziemlich lang geworden ist, sind durch ihn die christlichen Bauarbeiter nicht dahin zu befehlen, daß sie sich bei den Bauproduktionsgenossenschaften um einen „christlich frisierten“ Materialismus handeln, wohl aber offenbar der Artikel den echten manimonistischen kapitalistischen Reid der Arbeitgeber.

Vornehmlich möchten wir darauf hinweisen, daß die christliche Bauarbeiterschaft stolz ist auf den gesunden Charakter ihrer Bauproduktionsgenossenschaftsbewegung und auf den einheitlichen genossenschaftlichen Geist, mit dem die junge Bewegung zum Wohle des Volksganzen arbeitet. — Man wirft den christlichen Bauproduktionsgenossenschaften den Klassenkampfcharakter vor. Wenn dem Westdeutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe es nicht klar ist, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung mit ihren christlichen Vertretern grundsätzlich den Klassenkampf vertritt, so muß man es seiner Dummheit zugute halten. In Wirklichkeit ist es aber doch so, daß man mit solchen unbegründeten Vorwürfen die Wahrheit verdecken will. Wer es heute noch ehrlich meint im Arbeitgeberlager und im Sinne des Christentums für die Befreiung unseres zerrütteten Vaterlandes mitarbeiten will, sollte die Worte, die so oft über Volksgemeinschaft ertönen, auch beherzigen.

Ober kann man in den Arbeitgeberkreisen des Baugewerbes vielleicht sagen, daß das dort schon geschehen ist? Es ist zu bezweifeln. Hier ein Zusatzenstückchen aus dem Mitgliederkreis des Westdeutschen Arbeitgeberbundes f. d. B. aus Westfalen, Herr er, Kreis Herford. Dort steht der Wochenlohn für Poliere laut Bezirksstarke § 8 Ziffer 4 auf 737,50 Mark bei dem heutigen Stundenlohn der Maurer von 13 M. Trotzdem zahlt man dort der Polieren einen Stundenlohn von 14,75 M, das ist pro Woche 708 M. So bleibt der Fehlbetrag von 29,50 M pro Woche! Dieser muß erst wieder durch den Druck der Organisationen der „makellosen“ Arbeitgebern zur Kostzahlung aufgezwungen werden. Wer fragen wir einmal, ob die betreffenden Herren Arbeitgeber bei der Aus-stellung von Rechnungen ihren Zuschlag auch nur auf den Stundenlohn von 14,75 M berechnen! Um keine ausweichende Antwort zu erhalten, kann hier einwandsfrei festgestellt werden, daß man dort den Polier mit 21 M pro Stunde bei Tagelohnarbeitern in Rechnung stellt, was von Auftraggebern schwarz auf weiß den Organisationsvertretern vorgelegt ist. Sie wollen hier für den privaten Bauunternehmer einen Zuschlag von 10 Prozent inklusive Bedienung gelten lassen und können somit zu dem Resultat, daß der tarifliche Polierlohn von 737,50 M für 48 Stunden zugrunde gelegt wurde. Man hält es also demnach für richtig, den Auftraggeber mit dem tariflichen Lohn zu belassen, denselben aber an den Arbeiter nicht zu zahlen. Ist das vielleicht ein Interesse an der Volksgemeinschaft? Hier sehen wir wieder recht deutlich die Richtigkeit der Worte Stegerwalds aus seiner Rede in Berlin vom 20. Januar d. J.: „Was wir aber unbedingt fordern müssen, ist eine Verstärkung des Einflusses der Arbeitnehmer auf die Wirtschaft.“

Kann man die christliche Bauproduktionsgenossenschaftsbewegung im Arbeitgeberlager auch einschämen wie man will, jede Neuzerung der „Bauzeitung“ kann uns nur Ansporn zur tatkräftigeren Mitarbeit sein! — In der Nummer 50 der „Bauzeitung“ 1921 heißt es über die Bauproduktionsgenossenschaften: „nicht aus eigener Kraft können sie den Kampf auf dem Baumarkt führen. In einem Wettbewerb mit gleichen Waffen fühlen sie sich nicht stark genug“. Was sagt dieser Satz für den bescheidenen Arbeiter, der christliche Gewerkschaftler ist und christlicher Genossenschaftler sein sollte? Im Arbeitgeberlager des Baugewerbes haut man jetzt in demagogischer Weise den Arbeitern ihre eigenen ersparten Groschen um die Ohren. Es ist doch Tatsache, daß der Arbeiter fast sämtlicher Baugeschäfte darin zu suchen ist, daß man die Spargroschen der Arbeiter von den Sparlaffen sich, um den Baubetrieb lebensfähig zu

gestalten. Man hat sich auf diese Art und Weise zum mehrfachen Hausbesitzer emporschwingen können. Von den Banken nahm man das Geld nicht gerne, weil dort der Zins höher war.

Diese Ausführungen mögen dazu beitragen, jeden christlichen Gewerkschaftler auch zu einem echten Genossenschaftler zu machen. Steden wir unsere Spargelber in unsere Genossenschaften zum Wohle der Allgemeinheit und arbeiten dadurch mit an der Ausweitung und Entfaltung unseres Genossenschaftswesens. Das ist die Selbsthilfe, die wir zu unserem Wohle auf dem Wege der Gerechtigkeit zu jeder Zeit energisch fördern müssen!

August Ernst-Vochum.

Allgemeines

Gegen den Papierwucher wurde in der am 15. Januar stattgefundenen Generalversammlung des Gutenbergbundes nachstehende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die am 15. Januar im katholischen Gesellenhaus zu Essen stattgefundene Generalversammlung des Gutenbergbundes bedauert lebhaft die seit November 1921 eingetretene ungeheure Erhöhung der Preise für Zeitungspapier. Während im Frieden 24 Pf. für ein Kilo bezahl wurden, betrug der Preis im November noch 3,60 M. war, beträgt derselbe jetzt schon 7,05 M. für ein Kilo. Schon viele Zeitungen und Zeitschriften haben ihr Erscheinen einstellen müssen, und es ist gar nicht daran zu zweifeln, dass beim Weitertreiben dieser schamlosen Preissteigerungen noch mehr Tageszeitungen und Zeitschriften das Erscheinen einstellen müssen. Nicht in letzter Linie sind die Gehilfen der Leidtragenden dieser Maßnahmen. Wir rufen deshalb nicht nur die Regierung und unsere Organisationsleitung zum energischen Handeln auf, sondern ermahnen auch die Bevölkerung, ihrer Pflicht die Treue zu bewahren wie auch im übrigen die Bruderüberriebe mit Freigebungsmitteln zu bedenken. Nicht die „hohen“ Löhne der Sachverständigen, sondern einzig und allein die hohen Papierpreise tragen die Schuld an der Verteuerung des Abonnementspreises der Zeitungen und Zeitschriften.

Kadfahrer! Seid ihr versichert? Warum nicht?

Wißt Ihr nicht, daß Ihr täglich beim Fahren auf die Bau- und Arbeitsstelle, überhaupt bei jeder Benutzung des Fahrrades großen Gefahren ausgesetzt seid? Wie unbringend wirkt doch da eine Versicherung oder sonstige Unterstützung, die durch den Eintritt zum Deutschen Kad- und Motorfahrerverband „Concordia“ erhältlich ist. Bei einem Unfall mit Todesfolge erhalten die Hinterbliebenen 1500 M. Bei sonstigen Unfällen erhalten die Mitglieder nach halbjähriger Mitgliedschaft 1 M. steigend bis zu fünfjähriger Mitgliedschaft 5 M. Tagesentschädigung. Durch die Haftpflichtversicherung ist jedes Mitglied bei Föhrung oder Beschädigung von Menschen beschützt in der Höhe von 100000 M. für eine Person, 30000 M. für ein Schadensereignis und 10000 M. für Sachschäden. Ferner hat der Verband noch verschiedene Einrichtungen wie Nachsorge, Sterbegeld, alimonialisch erscheinende Verbandserziehung usw. Gegenüber diesen Leistungen beträgt der Verbandsbeitrag nur 18 M. jährlich. Es kann daher ohne Ueberhebung behauptet werden, daß eine Kadfahrerversicherung kein gegen so niedrige Beiträge noch bedeutende Vorteile bietet.

Aber nicht allein die sozialen Einrichtungen, auch die Ziele des Verbandes geben jedem christlich und Vaterländisch denkenden Kadfahrer Veranlassung

demselben beizutreten. Vor allem die Jugendpflege, verbunden mit einer Gesundheit erhaltenden und fördernden, vernünftigen Sporttätigkeit. Allerdings gibt es eine ganze Reihe von Kadfahrervereinigungen, die ebenfalls die Jugend- und Sportpflege als ihre Aufgabe betrachten. Für ein Mitglied der christlichen Bauergewerkschaften oder der konfessionellen Vereine gibt es zum Beitritt nur eine Organisation, die eben auf dem gleichen Boden der Weltanschauung steht, wie diese. Wenn auch die einzelnen Organisationen getrennt für sich arbeiten, in dem Grundprinzip, der Pflege des christlich-vaterländischen Ideales, sind alle vereint. Immer mehr zeigt es sich auch, daß diese Ideale in der heutigen Zeit unumgänglich notwendig sind. Darum sollte jeder Kadfahrer und jede Kadfahrerin es nicht unterlassen, sich als Mitglied anzumelden. — Nähere Auskunft erteilt die Verbandsleitung, D a m b e r g, Hauptwachstraße 14, sowie die Gewerkschafts- und Arbeitersekretariate.

Der Reichsverband deutscher Bauproduktivgenossenschaften

hat vor wenigen Tagen Nr. 1 seines neuen Organ, der „Genossenschaftlichen Baupraxis“, herausgebracht, womit der noch junge Verband einen erfreulichen Beweis von ihm wohnenden Stärke und Entschlossenheit erbracht hat. — Aus dem reichhaltigen und interessanten Inhalt der uns vorliegenden Nr. 1 führen wir an: Einleitwort vom Vorsitzenden des Reichsverbandes, dem Kollegen Schönert, der die Aufgabe des neuen Blattes folgendermaßen umschreibt: „Die Genossenschaftliche Baupraxis soll uns alle miteinander verbinden, echten Genossenschaftsgeist pflegen, kurz, Führer für alle, Mahner in Stunden der Gefahr und Leister zum Endziel werden!“ — Darauf folgt ein Artikel des Kollegen Joseph Schulze: „Genossenschaftliche Baupraxis“, in dem die Aufgaben unserer Genossenschaften in Hinsicht auf die Lösung der deutschen Bauwirtschaft scharf umrissen und klargestellt werden. „Von der Lösung dreier Probleme“, so heißt es hierin, hängt die Erreichung dieses Zieles ab, und sie lauten: Genossenschaftsführer, die den privaten Unternehmern mindestens ebenbürtig sind; Genossenschaftsmitglieder, die mit innerer Ueberzeugung und frei von jedem materialistischem Geiste für unsere neuen Wirtschaftsformen kämpfen und Opfer bringen, und schließlich Beschaffung erheblicher Geldmittel und Kredite, um die einzelnen Betriebe zur höchsten Leistungsfähigkeit auszubilden. — In glänzenden Ausführungen zeigt sodann Georg Nowotnik die Kraft des freien Willens, der, von allen in den Dienst unserer Bewegung gestellt, sie machtvoll vorwärts treiben wird. — Sodann folgen kleinere Aufsätze über die österreichische Genossenschaftsbewegung, die Gründung unserer G. m. b. H., über die Aussichten für das kommende Baujahr, eine Tabelle mit den Baukostenprozenten für Dezember und Januar u. s. w. Unter „Kadpflege und Steuerwesen“ wird die gerade gegenwärtig sehr wichtige Frage behandelt: „Zwischenzeitlich berechnete Preissteigerung zur Loslösung vom Vorrat?“ Insbesondere an die Vorstände und Aufsichtsräte unserer Genossenschaften wendet sich der Artikel „Vorbereitungen zur Bilanzanstellung“.

Kurz, alles in allem ein recht interessanter und vielseitiger Inhalt, dessen Lesart wir allen Kollegen nur dringend ans Herz legen können. Wer die „Genossenschaftliche Baupraxis“ bisher noch nicht bestellt hat, hole das recht bald nach, am besten durch direkte Bestellung am Posthalter zum Preise von 6,50 M. für das halbjährliche Anzahlgeld. Das Heft 1 wird dann sofort nachgeliefert.

Aus der Gesamtbewegung

Internationaler Bund der christlichen Gewerkschaften. Der Vorstand des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften war am 4. und 5. Januar in Paris versammelt. Die Sitzung befaßte sich mit der heutigen Lage der Arbeiterschaft in den verschiedenen Ländern und mit den gegen die Arbeitszeitgesetzgebung gerichteten Bestrebungen der Arbeitgeber. Weiter beschäftigte sich der Vorstand mit dem Entwurf eines Weltwirtschaftsprogramms, der vom leitenden Ausschuss vorgelegt wurde. Der Programmentwurf, der sich gliedert in mehrere Hauptpunkte: Grundsätze, Wirtschaftsordnung, Forderungen, Erziehung der Arbeiterschaft, wird den angeforderten Landeszentralen zugestellt, die ihrerseits Verbesserungsvorschläge machen sollen. Die Beschlussfassung über das Programm soll auf dem nächsten Internationalen Kongress erfolgen, der Mitte Juni in Innsbruck stattfindet. Die Internationalen Bünde der verschiedenen christl. Berufsverbände werden gleichfalls zur Beherrschung dieses Kongresses eingeladen werden. Dem Kongress wird eine Internationale Arbeiterinnenkonferenz vorhergehen.

Arbeiterkammerwahl in Bremen.

Mit der gesetzlichen Verankerung der Arbeiter- und Angestelltenkammern in die bremische Verfassung ist den Lohn- und Gehaltsempfängern die gleiche Interessenvertretung gesichert, wie sie die Kaufleute, der Kleinhandel, die Landwirtschaft und das Handwerk längst besitzen. Das Gesetz befaßt: Die Arbeiter- und Angestelltenkammern dienen der Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der bremischen Arbeiter und Angestellten. Gesetzesvorlagen oder sonstige Maßnahmen, die Arbeiter und Angestellte betreffen, sind den Kammern zur Begutachtung zu unterbreiten. Erörterung politischer Angelegenheiten ist nicht Aufgabe der Kammern. Sie besitzen Rechtsfähigkeit. Die Arbeiter- und Angestelltenkammern haben grundsätzlich die gleichen Aufgaben, sind jedoch jede für sich selbständig arbeitende Institutionen. Der Arbeiterkammer gehören 30 Mitglieder an, die von bremischen Arbeitern in gleicher, allgemeiner und geheimer Wahl nach dem Verhältniswahlsystem zu wählen sind. Wahlberechtigt sind alle über 18 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts. Die Wahlzeit beträgt drei Jahre. Zu bildende Sachausschüsse in der Kammer sollen deren Tätigkeit ergänzen. Zur Bestreitung der Kosten wird der Kammer eine bestimmte Summe aus dem bremischen Staatshaushalt überwiesen. Mit dem Betrag nicht aus, dann können die Arbeitervereinigungen Bremens entsprechend ihrer Mitgliederzahl zur Zahlung des Fehlbetrages herangezogen werden. Erstmals haben nun im Dezember die Wahlen zur Arbeiterkammer stattgefunden, wobei die Arbeiter selbst zu wenig Interesse für diese Neuerung bewiesen. Etwa 30 Prozent aller Wähler machten nur vom Wahlrecht Gebrauch. Die Liste 1 der christlichen Arbeiter erhielt ein Kammermitglied, Liste 2 der sozialistischen Wähler 29 Mitglieder, während die Gelben trotz vielen Gefahren und schmutziger Kampfmethoden, namentlich gegen die Christlichen, leer ausgingen. Allgemein war der Wahlkampf der „Freien“ korrekt. Erhoffen wir auch einige Siege mehr auf die christliche Liste, so liegt dennoch kein Grund vor, mit dem erzieltem Ergebnis unzufrieden zu sein, weil unsere Anhänger diesmal freiwillig mitarbeiteten. Werden sie ihren Kampfesmut vermehren, den Willen zu größerem Einfluß und Bedeutung in der bremischen Arbeiterbewegung durchsetzen, dann wird bei der nächsten Kammerwahl das Resultat ein noch günstigeres sein.

Die mittelalterlichen Gesellenverbände

Von Paul Prange.

„Es gibt nichts Neues unter der Sonne“, hat einst ein alter Philosoph gesagt, und er behält auch recht, denn man von dem großen gewerkschaftlichen Gedanken spricht, von der Vereinigung von Arbeitern zum Kampfe gegen rücksichtslos Ausbeutung, zum Schutze ihres Rechts und ihrer sozialen Stellung. Kaiser gegen Mitter und Ende des vorigen Jahrhunderts gegründeten Gewerkschaften vermittelten nicht zum ersten Male in der Geschichte diese große Idee, sondern sie haben schon ihre Vorläufer mit gleichen Zwecken und Zielen, nur unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen, in den Gesellenverbänden des Mittelalters gehabt, unter denen gerade die Verbände der Bauhandwerksgesellen keine geringe Rolle gespielt haben.

Das Handwerk des Mittelalters ist beherrscht von dem Zunftwesen, welches die Gewerbetreibenden, besonders die Meister eines Gewerbes zusammenfaßt, um über Ausübung des Handwerks, über Rechte und Pflichten der Einzelnen zu wachen. Solange das Ansehen der Städte und damit auch das Handwerk im frühen Mittelalter jedem Lehrling und Gesellen bald eine gesicherte „Meistererbschaft“ in Aussicht stellte, solange war der Gesellenstand nur ein Durchgangsstadium, und zum Gegensatz zwischen Gesellen und Meister konnte es nur selten kommen. Somit nahm auch die Handwerkszunft voll und ganz die Interessen der Gesellen wahr. Als aber im 14. und 15. Jahrhundert das Wachstum der

Städte allmählich aufhörte, als nicht mehr für alle Lehrlinge die Aussicht bestand, einst selbständiger Meister zu werden, als die Zünfte begannen, die Erwerbung der Meisterschaft an sehr jäwdrige Bedingungen zu knüpfen, da gab es bald eine große Schaar von Handwerfern, die zeitweilig in Dienste anderer arbeiten mußten. Es kam zur Entstehung eines eigenen Gesellenstandes, dessen Interessen von der Zunft der Meister nicht mehr voll und ganz wahrgenommen wurden. Wollten sich diese Gesellen sowohl in ihrer Entlohnung wie in ihren Rechten und ihrer sozialen Stellung nicht von ihren Meistern überfordert lassen, so konnten sie nur zu dem einen Mittel greifen, zum Zusammenstoß.

Wohl war dem Mittelalter unsere moderne Organisationslehre völlig unbekannt, aber ein Gedanke beherrschte das ganze gesellschaftliche Leben jener Zeit, es war der Genossenschaftsgedanke. Sollte ein Mitglied jener Zeit überhaupt existieren, seine Kräfte entfalten und seine Rechte sich sichern, so mußte er einer Genossenschaft angehören. So war es nicht zu verwundern, daß es bald zur Bildung eigener Gesellenverbände kam, die sich teils an kirchliche „Bruderschaften“ anlehnten, teils an rein weltliche Genossenschaften, die z. B. dadurch entstanden waren, daß die Gesellen für eine Summe Geldes für ihre Meister die Leistung des Heeresdienstes übernahmen und zur Erfüllung dieser Pflicht sich nach einzelnen Gewerben vereinigten. Waren erst einmal auf diese Weise Organisationen geschaffen, so konnten sie auch in den Kampf für ihre gemeinsamen Interessen gegenüber den Meistern eintreten, in den Kampf um günstige Gestaltung der Lohnverhältnisse, um Ausgestaltung und Abgrenzung ihrer Rechte, um Hebung und Anerkennung ihrer sozialen

Stellung und endlich um Schaffung von Mitteln sozialer Fürsorge wie Herbergen, Kassen, Krankenpflege und mehr. Wer die Geschichte des Mittelalters kennt, der weiß, wie hart oft dieser Kampf tobte! Denn daß die Zünfte und auch manche Städte sich zusammenschlossen wider die rebellischen Gesellen und oft Widerstand bis aufs Messer geleistet haben, ist nur zu natürlich; aber dieselben Blätter der Geschichte zeigen auch, wieviel doch diese Gesellenverbände erreicht haben und wie sie in den weitens meißten Gegenden im Grunde genommen den Sieg davongetragen haben.

Geht man mag mancher Unterschied bestehen zwischen den Gesellenverbänden des Mittelalters mit den Kämpfen ihrer Zeit und den neuzeitlichen Gewerkschaften mit ihrem Ringen in der Gegenwart. Aber dieser Unterschied liegt hauptsächlich in den gänzlich andersgearteten wirtschaftlichen Verhältnissen und der verschiedenen Art der Organisation — dort mehr föderativ, hier mehr zentralistisch. — Der Kern beider Bewegungen ist doch der gleiche. Die Gesellen kämpfen für ihre heiligsten Rechte gegenüber den Privilegierten der Zünfte, die Gewerkschaften für ebendasselbe gegenüber den Privilegien des Kapitals!

Hätten wir selbst nicht die Beweise des Erfolges aus der, wenn auch noch nicht allzulangen eigenen Geschichte unserer Gewerkschaften, sogar die Geschichte der mittelalterlichen Gesellenverbände könnte uns lehren, was eine große Zahl von Handwerkern und Arbeitern vermag, die durch eine große, gewaltige Idee zusammengefaßt sind. Und welche Idee könnte wohl ein leiseres Band um uns schlingen, als die nämliche, die einst den mittelalterlichen Gesellen Kraft und Mut zu ihrer Arbeit gegeben, die Idee des christlichen Gemeinschaftsgeistes!

Reichsvereinigung der Poliere und Schachtmeister

Melche Organisation regelt den Polierlohn?

In Nr. 1 der „Polierzeitung“ findet sich eine Statistik des 4. Bezirkes des deutschen Polierbundes über die zeitliche Höhe des Polierlohnes in 76 Orten. Die ganze Aufstellung ist eine Uebersicht über den Werdegang und das Zustandekommen der Lohnhöhe. Die Statistik weist sieben Kolonnen auf, in der ersten Kolonne der Name des Ortes, in der zweiten die Höhe des Gesellenstundenlohnes, in der dritten der Stundenlohn der Poliere (enthält bis auf zwei Orte überhaupt keine Zahlen), in der vierten der Wochenlohn der Poliere, in der fünften die Berechnungsformel und Ausschlag in Prozenten, in der sechsten die wöchentliche Arbeitszeit und endlich in der siebenten der Name des in Betracht kommenden Arbeitgeberverbandes. Der Uebersichtliche kann beim Studium dieser statistischen Zeitschrift auf den Gedanken kommen, daß hier der deutsche Polierbund wesentliche Verbesserungen für die Poliere heraufgeholt habe, zumal in den meisten dieser 76 Orte der Wochenlohn der Poliere weit über 700 M beträgt. Es ist deshalb die Beantwortung der Frage wohl am Platze: Wer hat den Polieren diesen Wochenlohn erkämpft und erkämpft?

Nach dem Reichstaxtarifverträge für Poliere bildet der jeweilige Gesellenstundenlohn die Grundlage für die Errechnung des Polierwochenlohnes, wenn somit der Gesellenlohn steigt, dann verbessert sich der Polierlohn automatisch, dagegen stagnieren auch die Wochenlöhne der Poliere. Hierin liegt schon die Beantwortung der aufgeworfenen Frage; denn dadurch, daß die baugewerblichen Arbeiterorganisationen den Gesellenlohn in etwa der enormen Teuerung anpassen, besorgen sie automatisch auch die Geschäfte der Poliere.

Es ist somit falsch, die heutigen Polierwochenlöhne als eine Frucht der Lohnpolitik des deutschen Polierbundes anzusehen, sie sind einzig und allein nur ein Erfolg der baugewerblichen Arbeitnehmerorganisationen. Damit ist aber auch die Agitationsformel des deutschen Polierbundes widerlegt, wonach die Arbeiterorganisationen nichts für die Poliere tun könnten und bisher nichts getan hätten. Wahrscheinlich, wenn die Poliere auf die Initiative des Bundes hätten warten sollen, dann wären ihre Wochenlöhne in jenen 76 Orten heute noch nicht über 700 M gestiegen. Wir wollen mit dieser Feststellung dem Bunde nicht etwa den Vorwurf machen, daß er nichts getan habe, um die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder in Einklang mit den großen Preissteigerungen zu halten. Wir wissen, der Bund ist nämlich durch den prozentualen Ausschlag zum Gesellenlohn gebunden, darüber hinaus kann er nicht, er ist eben auf Gnade und Erbarmen — ob die Bundesleitung es gern hört oder nicht — auf die Initiative der Bauarbeiterverbände angewiesen. Das wird schon mehr und mehr in den Polierkreisen anerkannt, so daß die oben genannte Agitationsformel nicht mehr recht verfangt.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß der Polierbund, sobald der Reichstaxtarif zum Abschluß gekommen ist, für seine Mitglieder nichts tun kann, da er sich, und zwar freiwillig, durch Annahme der prozentualen Ausschläge zum Gesellenlohn, jeder selbständigen Initiative entzogen hat, diese vielmehr ohne weiteres den Arbeiterorganisationen des Baugewerbes überläßt. Diese haben niemals Anstoß daran genommen, daß ihre Lohnpolitik auch den Mitgliedern des Polierbundes zugute kommt, im Gegenteil, es hat Genugtuung bei ihnen ausgelöst, wenn der Erfolg ihrer Tätigkeit einen möglichst weiten Kreis von Arbeitnehmern wirtschaftlich hebt.

Diese Tatsache kann uns Polieren selbst aber nicht gleichgültig sein. Es ist unjeres Standes unwürdig, sich durch die Arbeiterorganisationen den Lohn machen zu lassen, ohne direkt oder auch nur indirekt daran mitgearbeitet zu haben. Bisher liegen die Dinge in der Praxis doch so, daß nur die unserer Reichsvereinigung und den übrigen Bauarbeiterverbänden angehörenden Kollegen die Möglichkeit gehabt haben, tätig an der Hebung unserer Wirtschaftslage mitzuarbeiten, während die Mitglieder des Bundes zum Abwarten und Zusehen verurteilt waren.

Das hat bereits vielen Mitgliedern des Bundes zu denken gegeben, sie fühlen sich allmählich als Gemeinheitsfremde und empfinden diesen Zustand als ihrer unwürdig. Gewiß, ein Teil der Bundesmitglieder hält diese Zustände auch heute noch für ideal

Es ist dieses — sagen wir einmal die alte Richtung im Bunde, die Schule der Vorkriegszeit, diejenigen, die nichts zugeleitet haben, auch nichts unternehmen wollen.

Wir von der Reichsvereinigung trennen uns aus Standesinteresse, daß sich die gewerkschaftliche Schulung in unseren Berufsreisen mehr und mehr bemerkbar macht. Wir wünschen auch, daß die unsere Berufscollegen dahin drängen, selbst und durch ihre Organisationen in erhöhtem Maße die Verantwortung für die Gestaltung der Berufsinteressen zu übernehmen. Wir wissen auch, es gibt nur einen Weg zu diesem Ziele und mancher Widerstand muß noch überwunden werden, aber wir glauben, daß auch wir Poliere mit Einsicht und energischem Willen alle Widerstände überwinden. Eines ist vor allem notwendig, die Gemeinschaftsarbeit mit der Organisation der Bauarbeiter zu fördern und fest zu verankern. Auf dem Gebiete der Lohngestaltung und Vorwärtsentwicklung können wir nur dann tatkräftig mitarbeiten, wenn alle Berufe am Bau, vom Polier bis zum Hilfsarbeiter durch einen einheitlichen Tarifvertrag erfasst werden. Das Bestreben aller Bauarbeiterorganisationen bewegt sich in dieser Richtung. Wir von der Reichsvereinigung unterstützen diese Bestrebungen, stehen ihnen keinesfalls ablehnend gegenüber.

Der Arbeitgeberbund wird dieser Frage nicht fördernd gegenüberstehen, da für ihn, wie wir früher schon einmal ausführten, der Grundsatz „teile und herrsche“ maßgebend ist. Der Polierbund hält sich dieser Frage gegenüber in Schweigen. Es wäre besser, wenn er redete und auch handelte. Redete, indem er seinen Mitgliedern einmal die unseres Erachtens unwürdige Rolle erklärte, in der er sich in der Lohnvermittlung befindet, und handelte, indem er kurz entschlossen dem Arbeitgeberbunde seine Teilnahme an den allgemeinen Tarifverhandlungen ablehnte. Die Arbeiterorganisationen aller Richtungen würden diesen Schritt jedenfalls unterstützen, und der Polierbund wäre auf dem Wege, endlich das zu tun, was man heute von einer Arbeitnehmerorganisation erwarten kann.

Buc Tarifpolitik

In Nr. 49 unserer Zeitung erschien ein Artikel, der sich mit den Richtlinien beschäftigte, die zu einem besseren Tarifverträge für Poliere und evtl. auch für Schachtmeister führen. Es wurden die Vor- und Nachteile erwogen, die ein gemeinsamer Tarif mit den Bauarbeitern haben würde. Jeder Kollege müßte sich nun mit diesem Gedanken vertraut machen und seiner Meinung Ausdruck geben, damit bei den kommenden Tarifverhandlungen völlig Klarheit über alle Berufsfragen vorhanden ist und diese dann mit Nachdruck vertreten werden können.

Lange Jahre haben auch viele Mitglieder unserer Reichsvereinigung innerhalb des Polierbundes sich bemüht, einen Tarif und Anerkennung als Vertragspartei zu schaffen. Trotz jahrelanger Anstrengung des damaligen Leiters des Bundes, Kollegen Benstorf, war bis Schluß des Krieges nichts zu erreichen, das dürfen wir nicht vergessen. Wenn nun heute manche Unternehmer ihre Poliere besser bezahlen, so liegt das mit an den Verhältnissen, die wir jetzt im Baugewerbe haben. Tarifliche Verpflichtungen gegenüber dem Polier werden so weit wie irgend möglich abgelehnt. Man will möglichst freie Hand haben und den Polier mit seinen Sorgen abblenden. Die Polierorganisationen werden allein nicht in der Lage sein, die Widerstände zu überwinden. Es muß deshalb unser Bestreben sein, geschlossen bei Tarifverhandlungen aufzutreten, und der Polierbund wird aus den bisherigen Erfahrungen wohl nicht mehr zögern, wie der Antrag zum nächsten Bundestag betrifft, der bei Tarifverhandlungen eine Arbeitsgemeinschaft fordert. Man werden wir doch auch wohl darüber klar sein, daß die Arbeitgeber mit Absicht und in weiser Voraussicht der kommenden Dinge die Ablaufstermine so weit auseinandergeschoben haben. Für neue Abschlüsse wird gerade der Zeitpunkt, auf den der Polierbund eingegangen ist, nicht günstig sein. Wenn nicht beizeiten an die Erneuerung herangegangen wird, kann uns leicht Unangenehmes entgehen.

Die Auffassung, daß wir mit einem einheitlichen Tarif nicht zum Ziele kommen, teile ich voll und ganz. Unsere Aufgabe soll und muß es sein, im Tarifvertrage den Polier und auch den Schachtmeister entsprechend seiner Verantwortung zu behandeln. Ist es nicht der wirtschaftlichen Verhältnisse zuwider, daß ungelernete Plaqueur

und ähnliche als Angestellte behandelt werden, während der Polier, der doch oft schwere Aufgaben selbstständig erledigen muß, als Arbeiter behandelt wird? Daß für solche und ähnliche Fragen nicht das genügende Interesse bei gemeinsamer Verhandlung vorhanden ist, wird einleuchtend sein.

Ich möchte deshalb meiner Meinung dahin Ausdruck geben, daß die Tarifablaufstermine bei der nächsten Regelung gleichmäßig gelegt werden müssen, daß dann im nächstfolgenden Termin zuerst der Polier- und Schachtmeistertarif gemeinsam verhandelt wird, und daß weiter dann auch die Löhne für Vorarbeiter und Postengehellen festgelegt werden. Erst wenn völlige Einigung über den Tarif der Poliere und Schachtmeister, sowie über den Tarif der Bauarbeiter erzielt ist, kann die Unterschrift geschehen werden. Damit ist jeder Organisation Freiheit im Handeln zur Unterstützung der anderen möglich. Jeder Kollege muß sich darüber klar sein, daß bei der Stärke und bei der Stimmung der Arbeitgeberverbände unbedingt ein Hand-in-Hand-Arbeiten bei Tarifverhandlungen geschaffen werden muß. Nur wenn wir uns bemühen, die Vorbedingungen schon jetzt zu schaffen, kann etwas Brauchbares erreicht werden.

Die Widerstände der Arbeitgeber unterschätze ich nicht, bin aber doch der Meinung, wenn alle am Baugewerbe Interessierten ihr Möglichstes tun, muß es gelingen, das Bauhandwerk dahin zu bringen, wo es seinem Besten nach hingehört.

Schafft Klarheit!

Schon lange haben es manche Poliere und Schachtmeister, die nicht auf sozialistischen Boden stehen, unangenehm empfunden, durch die vorgeredete Neutralität des Polierbundes auch Mitglied der „Aa“ zu sein. Einige glauben, durch die örtliche Aufhebung des Ausschusses davon loszukommen, das ist jedoch ein Irrtum, da der Polierbund den korporativen Ausschluß an die „Aa“ in Berlin gütig hat, und diese sämtliche Mitglieder des Polierbundes zur Durchführung ihrer sozialistischen Bestrebungen wenigstens zahlenmäßig heranzieht. Immer mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß es doch für viele ein Widerspruch ist, solchen Organisationen anzugehören, die die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur dazu benutzen, ihre parteipolitischen Ideen den Mitgliedern ganz allmählich einzuzuschleimen.

Wer das noch nicht einzieht, dem kann es an Aussprüchen führender Leute dieser Richtung bewiesen werden. Teil viele Mitglieder das aber nicht wissen und die Tendenzen der freigewerkschaftlichen Organisationen in ihrer Auswirkung noch gar nicht erkannt haben, deshalb sind sie sich auch ihres eigenen widerspruchsvollen Daseins noch nicht voll bewußt. Nun wird ja von Führern des Polierbundes gesagt, wir vertreten nur den wirtschaftlichen Sozialismus. Ich will hier nur auf den Ausspruch eines heutigen Führers der „Aa“ hinweisen. Herr Alvens Kögge sagt in Nr. 37 des „Vorwärts“ vom 26. Juli 1921: „Der wirtschaftliche Sozialismus hat den politischen zur Voraussetzung, aber um es klar auszusprechen, wirtschaftlicher und politischer Sozialismus sind untrennbar miteinander verbunden. Es ist unmöglich, den Begriff Sozialismus in Einzelteile zu zerlegen und ihn wirtschaftlich anzuerkennen, politisch aber nicht.“

Aus den Angestelltenkreisen haben Tausende aus dem Bauhandwerk, Karren- und Fernschlepperhande diese Dinge erkannt und daraufhin den „Aa“-Organisationen den Rücken gekehrt. Da kann es doch nicht angehen, daß Schachtmeister und Poliere noch weiter ruhig zusehen. Wende doch niemand ein, daß die wirtschaftlichen Interessen ihn dazu veranlassen. Die Reichsvereinigung der Poliere und Schachtmeister hat seit ihrem Bestehen bewiesen, daß die wirtschaftliche Interessenvertretung genau so von ihr besorgt wird wie von den gegnerischen Organisationen. Besonders den Jechen- und Berks-polieren sei mitgeteilt, daß wir durch Verbindung mit unseren Angestelltenorganisationen mindestens das gleiche erreichen, was die „Aa“ für die Mitglieder des Polierbundes getan hat. Deshalb ergeht an alle Kollegen auf Jechen und Jechen die dringende Bitte: nun doch endlich Schluß mit den Widersprüchen, heraus aus den Organisationen, die wirtschaftliche Interessen mit Parteipolitik verknüpfen!

Aber auch an alle unsere Mitglieder ergeht der Mahnruf, laßt die eigentlich zu uns Gehörenden auf, daß mit, daß das Vorurteil, das vom Gegner abstrich genährt wird, künstlich verschwindet. Sagt es ihnen, daß ihre Interessen, sei es auf der Seite, dem Werk oder im Hochbau, alle von uns vertreten werden. Sie werden gesagt, sind Tausende von Angestellten zur Verfügung gekommen und haben die Konsequenzen gezogen. Da darf weder der Schachtmeister noch der Polier zögern! Auch wir wollen ganze und gesunde Männer sein, die wissen, was sie wollen, und die hart genug sind, sich von alten Gefühlen, wenn es sein muß, auch von sozialistischen Verleumdungen loszusagen. Mancher Kollege hat schon früher Opfer für seine Ueberzeugung gebracht, bringt er sie auch jetzt, dann nützt er sich selbst, seinem Stande, seiner Familie und dem ganzen Volk.

Verbandsnachrichten

Göppingen. Der Tod hat in die Reihen unserer Verwaltungsstelle leider eine große Lücke gerissen. Unser Vorsitzender Kollege Josef Schweizer, Zimmermann, war sein Opfer. Schweizer war noch einer von denen, die als Pater an der Spitze des christlichen Bauarbeiterverbandes in Württemberg gestanden haben. Mit dem damaligen Kollegen Kreis gründete er in Göppingen die dortige Verwaltungsstelle, die er auch über den Krieg und die Revolution hinweg vertete. Er war ein fleißiger, weiser und vom besten Willen geleiteter Kollege. Ein großer Verlust ist uns geworden. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren! Möge Gott ihm alles reichlich vergelten! Den Angehörigen des Verstorbenen sprechen wir unsere herzlichste Teilnahme aus.

Inhrtbach. Am 6. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Bericht von der Konferenz am 1. Januar zu Tübingen; 2. Jahresbericht; 3. Vorstandswahl. Zu Punkt 1 erstattete der Vorsitzende Bericht: er sprach unter anderem das Genossenschaftswesen und gab den anwesenden Kollegen anheim, den Genossenschaftsgedanken im Sinne der christlichen Gemeinschaft zu fördern. Zu Punkt 2, Jahresbericht, gab Kollege Franz Degenhardt bekannt, daß die Ortsgruppe am Jahresabschluss 16 Mitglieder zählte, darunter fünf Neuaufnahmen. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht. Punkt 3, Vorstandswahl: Es wurden in den Vorstand wiedergewählt: 1. Vorsitzender: Franz Degenhardt; 2. Vorsitzender: Franz Kolke; Kassierer: Ferd. Luder; Schriftführer: Franz Schäfer. Alle Kollegen nahmen auf Befragen die Wahl an. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, auch fernwärts mit dem Vorstand getreulich Hand in Hand zu arbeiten, zum Wohle unserer Ortsgruppe und des gesamten Verbandes.

Vörsen. Am 12. Januar fand im Lokale Götte, Höbelstraße, unsere Monatsversammlung statt. Als Referent war Kollege Fekri erschienen. Derselbe behandelte in seinem Vortrage unsere nächsten Aufgaben. Zunächst gab er einen kurzen Bericht über die allgemeine wirtschaftliche Lage Deutschlands und zeigte am Hand von Beispielen, daß das Wirtschaftliche nach wie vor Schwankungen unterliegt. Er erwähnte, daß für die Arbeiterklasse, daß im neuen Jahre die Verhältnisse sich gegenüber dem alten Jahre kaum ändern werden, daher auch im neuen Jahre mit Verbesserungen zu rechnen ist. Ferner sprach die Erneuerung des Reichstages vor der Tür. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden hierzu die verschiedensten Anträge stellen. Selbst bei gutem Willen beider Parteien wird es sehr schwer sein, den Reichstagsvertrag ohne Kampf wieder zu erneuern. Aus diesem Grunde muß die Agitation nach innen und nach außen getrieben werden. Sodann haben wir unser Augenmerk auf unsere nächsten Aufgaben zu richten. Die Verordnungen liegen in unserer Gegend für das Zimmergewerbe sehr im Augen. Die Unternehmern des hiesigen Gebietes rechnen damit, daß das übrige Deutschland ihnen den Nachschub liefert, jedoch müssen sie sich mit der Verordnungsfrage nicht befassen. Das kann nicht mehr so weitergehen. Die meisten Verordnungen, die vorhanden sind, müssen wir versuchen, unseren Verband anzuschließen und ihnen mit Rat und Tat in allen Fragen behilfen. Die Gründung einer Jugendsektion wird in den nächsten Tagen erfolgen. (Bravo!) Die Redaktion: Der Vortrag fand lebhaft Zustimmung und es entwickelte sich eine ausgiebige Diskussion. Es wurden noch Wünsche zur Erneuerung des Reichs- und Schlichterwesens vorgebracht. Sodann machte der Vorsitzende, Kollege Weber, bekannt, daß die nächste Versammlung am 2. Februar die Generalversammlung sei, wozu jedes Mitglied erschienen muß. Jedem er wolle den Bericht ansprechen, auf den Arbeitsplätzen eine rege Agitation vorzunehmen, konnte die anregende Versammlung um 10 Uhr geschlossen werden.

Alten. (Bezirk Hamm.) Am Sonntag, den 11. Januar, fand im Lokale Höger-Arching unsere Generalversammlung statt. Nach dem einstündigen Begrüßungswort des 1. Vorsitzenden Nehring fand die reichhaltige Tagesordnung ihre Erledigung. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Nehring 1., Kottmann 2. Vorsitz.; Bischof 1., Herbert 2. Schriftführer; Hohenstein 1., Feldhaus 2. Kassierer; als Ausschüsse: Feil, Schwing. In Kurzelektionen wurden gewählt die Kollegen Frimphove, Klejnbred und Jungfermann. Als Verwaltungsstellenreferent die Kollegen Nehring und Sterbing. Im vergangenen Jahre fanden acht Verhandlungen und zwölf Mitgliederversammlungen statt. Am Schlusse der Tagesordnung wird nochmals der 1. Vorsitzende darauf hin, die Versammlungen recht oft zu besuchen, denn der Erfolg der Lage erfordert es unbedingt, daß jeder Kollege auf der Hut sei, um so den kommenden Stürmen entgegenzutreten zu können, sei es auf gewerkschaftlichem, wirtschaftlichem, politischen oder juristischem Gebiete. Hiermit schloß der 1. Vorsitzende die so schon verlaufene Versammlung.

Emdetten. Am 12. d. M. fand im Vereinslokal Sonntag unsere Generalversammlung statt. Es sprach wurde für vom Kollegen Schippers, der die Versammlung und besonders den Kollegen Müller, Künze, begrüßte. Darauf ergriff der Kassierer, Kollege Stegemann, das Wort. Er gab der Versammlung einen ganz guten Überblick über die Verhältnisse unserer Ortsgruppe, wozu ihm Entzogenheit erteilt wurde. Hierauf sprach Kollege Schippers zum 2. Punkt der Tagesordnung über den Bau- und Baugewerkschaften. In jedem dieser Punkte legte er am Hand der Tabelle in der Baugewerkschaft Nr. 2 die Entwicklung der Stände fest. Nach Kollege Müller sprach auf die Verhältnisse, die sich im letzten Jahre bei den Verhandlungen im Bau- und Baugewerkschaften Nr. 2 gezeigt haben. Er sprach über die Verhandlungen im Bau- und Baugewerkschaften Nr. 2, die Entwicklung der Stände fest. Nach Kollege Müller sprach auf die Verhältnisse, die sich im letzten Jahre bei den Verhandlungen im Bau- und Baugewerkschaften Nr. 2 gezeigt haben.

Am 4. Februar 1922 ist der sechste Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

gab darauf die erhöhten Sätze der Beiträge und der Krank- und Sterbeunterstützung bekannt, was für die Kollegen von großer Wichtigkeit ist. Darauf ergriff Kollege Müller das Wort und warf einen Blick auf das Jahr 1921. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß wir im vergangenen Jahre durch friedliche Arbeit ein gutes Stück vorausgeschritten sind. In Hand von Vordenen zeigte er, daß wir, wenn auch durch oft sehr schwierige Verhandlungen, doch noch besser abgeschnitten haben, als vielerorts durch Streik erreicht worden ist. Im übrigen, auf das Jahr 1921 dürfen wir mit Stolz zurückschauen. Redner erinnerte alsdann an die Verhandlungen über den neuen Reichstagsvertrag, die im April dieses Jahres stattfinden werden. Zum Schlusse sprach er dem Vorstand, sowie den ganzen Kollegen für die treu geleistete Arbeit im Interesse unseres Verbandes seinen Dank aus, ermahnte aber, im kommenden Jahre erst recht die ganze Kraft für den Verband einzusetzen, was wir aber nur durch Einigkeit und treues Zusammenarbeiten erreichen werden. Aus der hierauf stattgefundenen Vorstandswahl gingen hervor: Kollege Schippers als 1. Vorsitzender, Hendorfer Straße 103; Kollege Schneidling als 2. Vorsitzender; Kollege Stegemann als 1. Kassierer, Greener Straße 10; Kollege Westendorff als 2. Kassierer; Kollege Ahlers als 1. Schriftführer, Bachstraße 1; Kollege Lüttmann als 2. Schriftführer; Kollege Schulte und Kollege Sandmann als Beisitzer. Als Kassierentoren wurden gewählt die Kollegen Flothofer und Dieninghoff, als Schlichtungsansicht die Kollegen Schippers und Ahlers. Nachdem unter Punkt Verschiedenes mehrere Tagesfragen beantwortet waren, wurde die Versammlung mit dem üblichen Gehege geschlossen.

Schönlank. (Bezirk Schneidemühl.) Am 15. Januar fand die diesjährige Generalversammlung im Vereinslokal statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Abrechnung vom letzten Vierteljahr; 2. Geschäftsbericht; 3. Wahl des Vorstandes; 4. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung; 5. Beschiedenes. Am letzten Vierteljahr wurde eine Einnahme von 2202,50 Mark erzielt; die Ausgabe betrug 675,35 M.; es bleibt ein Betrag von 1527,15 M. für die Kassenkasse. Die Abrechnung ist von den Kassierentoren geprüft und als richtig befunden; dem Hauptkassierer wurde Entlastung erteilt. Sämtliche Verbandsbücher wurden vom Hauptkassierer geprüft und die noch anstehenden Karten oder Buchbeiträge eingezogen. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Zum 1. Vorsitzenden Wilhelm Meyer, zum 2. Vorsitzenden Paul Dieje, zum Schriftführer Paul Arens, zum stellvertretenden Schriftführer Hermann Karanardi, zum Hauptkassierer August Karquardt, zum Kassierentoren Otto Karanardi. In Kassierentoren die Kollegen Albert Libermann und Wilhelm Kriebe. In Kurzelektionen die Kollegen Emil Pajsch und Paul Dieje. Zum Delegierten zur Generalversammlung wurde der Kollege Korgenthaler aus Schneidemühl gewählt. Sodann gab Kollege Pajsch einen kurzen Bericht über die letzte Schlichtungsausschussung und teilte mit, daß im Laufe der nächsten Woche der Schlichtungsausschuss zusammenzutreten werde, um über die Verhandlungen zu verhandeln. Zum Schlusse nahm der alte Vorsitzende, Kollege Dieje, das Wort und brachte zum Ausdruck, daß jeder Kollege seine ganze Kraft zum Wohle des Verbandes einsetzen möchte, um unsere Reihen zu füllen. Hiermit wurde die Versammlung geschlossen.

Heinberg. Am Sonntag, den 22. Januar, fand im Lokale Kögen unsere diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht über den Stand der Verhandlungen; 2. Wahl des Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung; 3. Neuwahl des Vorstandes; 4. Verschiedenes. Nachdem der Vorsitzende die erschienenen Kollegen begrüßt hatte, erteilte er den Kollegen Feil, Körtz, das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung. Kollege Feil schilderte in kurzen Ausführungen die Schwierigkeiten, mit denen wir augenblicklich zu kämpfen haben, um mit den Arbeitgebern zu Verhandlungen zu kommen. Die Arbeitgeber lehnten bis jetzt jede Lohnverhöhung sowie überhaupt jede Verhandlung ab, eine Folge des strengen Winters. Kollege Feil ermahnte die Kollegen, sich noch kurze Zeit zu gedulden, bis uns der Wettergott wieder günstiger gesonnen sei, dann werden wir unsere gerechte Forderung schon durchsetzen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurden die vom Verwaltungsstellenverband vorgeschlagenen Delegierten einstimmig gewählt. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt als 1. Vorsitzender Peter Kuntz, Kassierer (wiedergewählt); 2. Vorsitzender Wilhelm Burgund, Kassierer (wiedergewählt); 1. Kassierer Franz Becker, Kassierer (wiedergewählt); 2. Kassierer Kollege Hubernagel. Zimmerer; Schriftführer Gerh. Becker, Kassierer; als Hauptkassierer Hubernagel und Scholten. Alle Kollegen verpflichteten, mit allen Kräften für die Organisation zu arbeiten, um das Bestehen des man ihnen gebietet, auch zu rechtfertigen. Mit der Wahlung an die Kollegen, in Zukunft die Versammlungen öfter zu besuchen, schloß der Vorsitzende um 11 Uhr die Versammlung.

Langen. Am Sonntag, 15. Januar, fand hier im Lokal des Schwerts Gerde eine Generalversammlung statt. Kollege Schenck sprach über das Thema: Warum und wie müssen wir uns organisieren? Abgehend von der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, die zu der heutigen modernen Arbeitslosigkeit geführt hat, zeigte er die Notwendigkeit

der Organisation. Leider hätten unsere Vorfahren diese Entwicklung und die daraus sich ergebenden Notwendigkeiten des Zusammenschlusses nicht erkannt. Aber auch die Arbeiter in heutiger Zeit wären von der Notwendigkeit der Arbeiterorganisation nicht überzeugt. Hierzu gehörten auch teilweise die Kollegen von Langen. Daß die Kollegen selbst den Schaden zu tragen hätten, habe das Verhalten der Arbeitgeber bei der letzten Lohnverhandlung gezeigt. Mit dieser Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit muß mit aller Entschiedenheit aufgeräumt werden. Nur durch festen Zusammenschluß innerhalb des christl. Bauarbeiterverbandes ist es möglich, für die Zukunft die an die Bauarbeiterchaft gestellten schwierigen Anforderungen zu überwinden. Reichem Beifall und der Beiritt sämtlicher anwesenden Kollegen war der Erfolg des Vortrages. Zum drittenmal haben wir unsere Zahlstelle neu gegründet und hoffen nunmehr, daß die Zahlstelle Lange-Wiese allen Stürmen der Zeit trotzen möge und weder Arbeitgeber noch sonst irgend jemand den geschlossenen Willen der baugewerblichen Arbeiter brechen kann. In den Vorstand wurde gewählt: Heinrich Meher, Vorsitzender; Heinrich Schaub, Kassierer; Heinrich Dohl, Schriftführer; Leonhard Dohl, Hauptkassierer. Wir rufen alle Kollegen auf zur fröhlichlichen Mitarbeit für unseren Verband, damit in kürzester Zeit keine unorganisierten Bauarbeiter mehr anzutreffen sind.

Mitteilung

Achtung! Kollegen im Bezirk Oberschlesien!

In der Nr. 2 der „Baugewerkschaft“ vom 8. Januar 1922 sind die Wahlen zur Generalversammlung ausgeführt worden. Im Einverständnis mit dem Bezirksvorstand bringen wir folgende Kollegen in Vorschlag: Magosch, Wozora, Bialek, Heibrich, Franz, Maika, Kuga, Wilczek-Groß-Ebber; Wranan-Kaichen, Urbitzschel. In allen Orten sind sofort Versammlungen abzuhalten und die Wahlen vorzunehmen. Jeder Kollege kann drei der vorgeschlagenen Kollegen wählen. Die Wähler wählen für sich einen der vorgeschlagenen Kollegen extra. Das Wahlergebnis ist sofort spätestens bis zum 10. Februar an die Bezirksleitung einzusenden. Spätere Einwendungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Wahlordnung in der „Baugewerkschaft“ Nr. 2 vom 8. Januar ist auf das Genaueste zu befolgen. Indem wir dies allen unseren Vertrauensleuten und Vorstandsmitgliedern zur Kenntnis bringen, verbleiben wir mit kollegialem Gruß Die Bezirksleitung, J. A.: J. Knoblich.

Sterbetafel.

In Göppingen starb unser lieber treuer Kollege, unser Vorsitzender und Gründer unserer Verwaltungsstelle, der Zimmermann Josef Schwarz. Verwaltungsstelle Göppingen.
Am 3. Januar starb unser Kollege Friedrich Koch an Lungenerkrankung im Alter von 51 Jahren. Ortsgruppe Krupp, Essen.
Am 10. Januar starb unser lieber Kollege Friedrich Schuber im Alter von 41 Jahren an Grippe und Lungenerkrankung. Verwaltungsstelle Stobolbehausen.
Am 13. Januar nach längerem Leiden unser treuer Kollege Hyronimus Meyer. Ortsgruppe Friedberg.
Am 19. Januar starb unser treuer Kollege Paul Schmidt im Alter von 58 Jahren an Grippe. Verwaltungsstelle Göppingen.
Ehre ihrem Andenken!

Alle Spargelder zahlen wir mit Postcheckzahlkarte

an unsere



Vordrucke bitte bei den Vertrauensleuten oder bei der Hauptgeschäftsstelle in Essen, Schützenbahn 24, anfordern.